



Evgen / Adobe Stock

Ariadne kompakt

DIE MISCHUNG MACHT'S: PERSPEKTIVEN AUF POLITIK- MIXE FÜR DIE WÄRMEWENDE

Die Wärmewende ist ein zentraler Baustein zur Erreichung der Klimaziele. Ein ausgewogener Politik-Mix ist entscheidend, um sowohl Effektivität als auch gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern.

Innerhalb des Projekts Ariadne sind fortlaufende Formate der Bürgerbeteiligung fest verankert, um wissenschaftliche Analysen zu Klima- und Energiepolitik mit gesellschaftlichen Perspektiven zu verknüpfen. Im März 2025 diskutierten im Rahmen des Beteiligungsprozesses 40 zufällig ausgewählte Menschen aus ganz Deutschland in einem Online-Dialog zu Optionen für eine erfolgreiche Wärmewende in Wohngebäuden.

Am ersten Tag informierten Ariadne-Forschende über den Stand der Wärmewende und zentrale Maßnahmen. An Tag zwei diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen zu vier Instrumenten und möglichen Ausprägungen: 1) finanzielle Förderung von Modernisierungsmaßnahmen, 2) Ge- und Verbote, 3) Informationspolitik sowie 4) CO₂-Bepreisung (siehe Abbildung 1). Eine vorgelagerte Befragung zeigte, dass die Mehrheit der Teilnehmenden mehrere Instrumente als „wichtig“ beziehungsweise „sehr wichtig“ für das Gelingen der Wärmewende bewertet.

BÜRGERBETEILIGUNG

Das Kopernikus-Projekt Ariadne beteiligt über den gesamten Projektverlauf immer wieder zufällig ausgewählte Menschen in Dialogformaten im Wechsel mit Forschungsphasen. Das so entwickelte Orientierungswissen für politische Entscheidungstragende verbindet Fachexpertise zur Wirkung von Politik-Instrumenten mit den Wertevorstellungen und Perspektiven der Menschen. Der hier präsentierte Online-Dialog war die Anschlussveranstaltung an die Bürgerkonferenz 2024.

WELCHE POLITIK-MIXE ÜBERZEUGEN?

In Vorbereitung auf den Online-Dialog entwarfen die Teilnehmenden individuelle Politik-Mixe, die anschließend in vier Kleingruppen diskutiert wurden. Für alle Mixe galten Vorgaben zur Einhaltung von Staatsausgaben und CO₂-Einsparungen, die von Ariadne-Forschenden auf Basis aktueller Studien vorgegeben wurden. Die Kleingruppen waren angehalten, sich auf einen gemeinsamen Mix unter Einhaltung der Vorgaben zu einigen. Abbildung 2 zeigt die Präferenz der Teilnehmenden in ihren individuellen Mixen und die endgültige Wahl der Kleingruppen.

In der Mehrheit der individuellen Mixe (64 %) und in allen Gruppen wurden **Förderprogramme** mit sozialer Staffelung in der Wärmewende als wichtig erachtet,

um einkommensschwache Haushalte einzubeziehen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Unterschiedliche Lebensumstände wie Einkommen, Kinder oder Pfle-

Förderung	Ordnungsrecht	Informationspolitik	CO ₂ -Bepreisung
Finanzieller Zuschuss oder Kreditvergünstigung bei energetischer Modernisierung	Ge- und Verbote sowie Effizienzstandards bei Sanierung und Heizungsaustausch	Politikmaßnahmen, die Bürgerinnen und Bürger informieren sollen	Abgabe auf die Nutzung von fossilen Energieträgern, die einen Anreiz zum Umstieg schaffen soll. Die Einnahmen können durch den Staat verwendet werden.
<ul style="list-style-type: none"> › Gleich hoch für alle › Höhere Förderung für Menschen mit niedrigem Einkommen › Höhere Förderung für ältere Menschen › Höhere Förderung für Menschen, die schneller auf fossilfreie Heizungen umsteigen 	<ul style="list-style-type: none"> › Verbot fossiler Heizungen im Neubau › Verbot fossiler Heizungen bei Ersatz im Bestand › Einbaugebot fossilfreier Heizungen bei Immobilienvererb › Energetisches Sanierungsgebot bei Immobilienvererb 	<ul style="list-style-type: none"> › kostenloser Energieberater › Informations- und Werbemaßnahmen › Ausweisungspflicht des Gebäude-CO₂-Austausches › Internetseite zur Suche von Fachkräften vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> › Gleich hohe Rückzahlung für alle › Höhere Auszahlung für Menschen mit niedrigem Einkommen › Mitfinanzierung der Förderung › Finanzierung öffentlicher Infrastruktur

Abbildung 1: Politik-Instrumente und ihre Ausprägungen. Quelle: Eigene Darstellung

geaufgaben sollten berücksichtigt werden. Höhere Förderung für ältere Menschen oder für jene, die besonders schnell auf eine klimafreundliche Heizung umsteigen, wurde kontrovers diskutiert.

Ordnungsrechtliche Maßnahmen, etwa Verbote fossiler Heizungen gelten in der medialen Debatte als eher unpopulär. Im Dialog zeigte sich jedoch ein differenzierteres Bild: Ein Verbot fossiler Heizungen in Neubauten wurde in drei von vier Gruppen in den Mix aufgenommen. Es galt als technisch machbar, langfristig kostensparend und planungssicher. Auch beim Ersatz im Bestand wurde ein solches Verbot teilweise positiv diskutiert und in einem Kleingruppen-Mix berücksichtigt unter der Bedingung, dass der Austauschzeitpunkt günstig und ressourcenschonend für die Umwelt sei.

Unter den Maßnahmen zur **Informati- onspolitik** wurde die kostenlose Energieberatung hervorgehoben: 78 % der Teilnehmenden und drei von vier Gruppen nahmen sie in ihre Politik-Mixe auf. Die Teilnehmenden schätzten besonders die sachliche, praxisnahe Beratung vor Ort – idealerweise über Verbraucher-

zentralen, die gleichzeitig bei der Antragstellung für Fördermittel unterstützen sollten. Die Ausweisung des CO₂-Ausstoßes von Gebäuden wurde zwar in den individuellen Mixen selten gewählt, letztlich jedoch von allen Gruppen aufgenommen – wegen positiver Effekte für die Markttransparenz. Ihr Erfolg hängt jedoch von lokalen Immobilienmärkten ab: In Großstädten falle die schlechtere Marktbewertung ineffizienter Immobilien geringer aus, weil die Nachfrage sehr hoch ist.

In der Diskussion zur **CO₂-Bepreisung** gab die Mehrheit der Teilnehmenden an, einen festgelegten, planbaren Preis-Pfad gegenüber einem rein marktisierten System zu bevorzugen. Bezüglich der Verwendung der Einnahmen zeigte sich zunächst eine große Bandbreite an individuellen Präferenzen (siehe Abbildung 2). Nach den Gruppendiskussionen zeichnete sich jedoch eine leichte Tendenz zugunsten öffentlicher Investitionen, etwa ins Fernwärmennetz, ab. Für den Mietmarkt bevorzugen die Teilnehmenden eine Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Mietenden und Vermietenden, um beide Seiten zu Einsparungen und klimafreundlichen Investitionen zu motivieren.

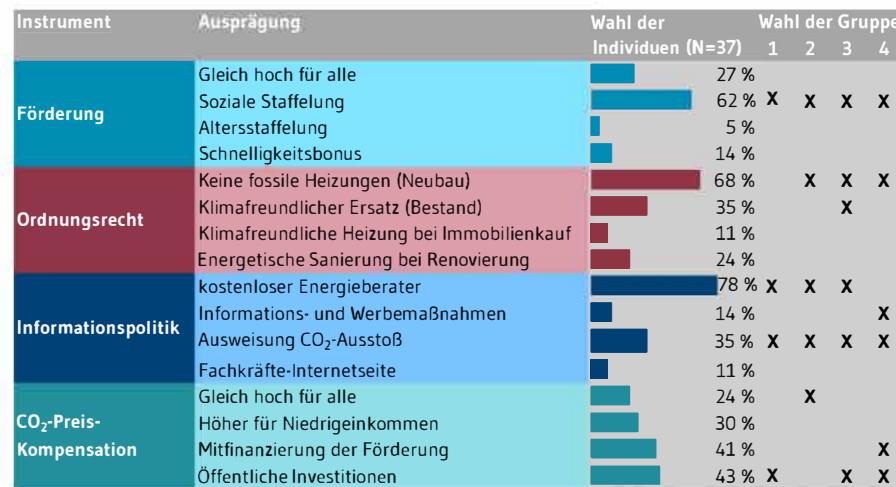


Abbildung 2: Ergebnisse der individuellen und gemeinsamen Politik-Mixe. Quelle: Eigene Darstellung

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

In der Auseinandersetzung mit Politikmaßnahmen zur Wärmewende halten die Teilnehmenden der Ariadne-Bürgerdeliberation sozial gestaffelte Förderungen, das Verbot fossiler Heizungen in Neubauten, eine kostenlose Energieberatung sowie einen planbaren CO₂-Preis mit der Investition der Einnahmen in öffentliche Wärmenetze für zielführend und gesellschaftlich akzeptabel. Grundsätzlich besteht der Wunsch nach einer sozial gerechten Wärmewende.

Eine aktuelle Umfrage unterstreicht den Wunsch der Teilnehmenden der Bürgerdeliberation, eine ermöglichte und sozial gerechte Wärmewende zu verfolgen (IKND 2025). Als Haupthindernisse werden auch in der Studie häufig hohe Anschaffungskosten sowie Unsicherheiten bezüglich notwendiger Umbauten und der langfristigen Rentabilität genannt – etwa beim Umstieg auf eine Wärmepumpe. Daraus resultiert ein Bedarf an staatlicher Förderung sowie einer transparenten und positiven Kommunikation.

In der Deliberation konnten die Teilnehmenden zentrale Zielkonflikte abwägen und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen politischen Instrumenten erkennen. Der Dialog liefert damit wertvolles Orientierungswissen für Politik und Forschung – insbesondere für die Frage, wie ein gesellschaftlich tragfähiger und zugleich ambitionierter Politik-Mix zur Wärmewende gestaltet werden kann.

Hrsg.: Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Telegrafenberg A 31, 14473 Potsdam | ariadneprojekt.de

AutorInnen: Noah Kögel, Julia Epp, Katja Treichel-Grass
Kontakt: ariadne-presse@pik-potsdam.de

Online-Fassung mit weiteren Verweisen: <https://ariadneprojekt.de/publikation/ariadne-kompakt-perspektiven-auf-politik-mix-warmewende/>